

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich ... 16.-, vierteljährlich ... 48.-, halbjährig ... 96.-, ganzjährig ... 192.-

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh

Dr. B. Štoupal - Nationalverteidigungsminister.

Prag, 18. September. Der Präsident der Republik sandte dem Vorsitzenden der Regierung Franz Udrzal nachstehende Handschreiben:

Herr Vorsitzender der Regierung, auf Ihre Ersuchen enthebe ich Sie von der Leitung des Ministeriums für Nationalverteidigung.

Udrzal m. p. Z. G. Masaryk m. p. Topolčianky, den 16. September 1929.

Herr Abgeordneter Dr. Biskovsky, ich ernenne Sie zum Minister und betraue Sie mit der Leitung des Ministeriums für Nationalverteidigung.

Udrzal m. p. Z. G. Masaryk m. p. Topolčianky, den 16. September 1929.

Udr. Karl Biskovsky, Abgeordneter der Nationalversammlung für die republikanische Partei, wurde am 8. August 1868 in Schüttenhofen geboren. Nach dem Studium trat er im Jahre 1891 beim Kreisgericht in Pilsen und sodann bei der Pilsener Handels- und Gewerbeamt in die Praxis. Seit 1894 war er in den Diensten des Landeskulturates für Böhmen. Er widmete sich der öffentlichen volkswirtschaftlichen und politischen Tätigkeit und wurde als Abgeordneter in den böhmischen Landtag und ins österreichische Abgeordnetenhaus für den Kreis Tabor gewählt. Nach dem Ansturz wurde er Mitglied der revolutionären Nationalversammlung und wurde am 2. September 1919 zum Präsidenten des neuerrichteten tschechischen Bodenamtes ernannt. Am 1. November 1926 trat er in den Ruhestand. Bei den Wahlen im Jahre 1925 wurde er im Prager Gau zum Abgeordneten gewählt und am 9. Dezember zum Justizminister der dritten Regierung Švebha ernannt. Er verwaltete dieses Ressort bis 17. März 1926.

„Der Zeiger geht auf 12.“

Eine freche Heimwehr-Verlautbarung.

Wien, 18. September. Die Pressestelle des Heimatsbundes versendet unter der Ueberschrift „Die letzte Warnung“ eine Verlautbarung, in der es heißt, daß die Heimwehr diesmal ihre ganze Kraft einsetzen wird, um eine halbe Lösung zu verhindern. Ihre einmütige Forderung zielt in dem Verlangen nach einer Verfassung, die in gleicher Weise den vaterländischen Wünschen wie den wirtschaftlichen Bedürfnissen der bodenständigen Bevölkerung entspricht. Einen Teil dieser Forderungen enthalten die bisherigen programmatischen Kundgebungen der Parteien und Verbände, aber sie sind nicht weitgehend genug. Die Verlautbarung verlangt den Rücktritt der gegenwärtigen Regierung, falls sie sich einer solchen Aufgabe nicht gewachsen fühle. Heute habe die reine Parteipolitik es noch in der Hand, durch eine großzügige Entschickung den geänderten politischen Verhältnissen Rechnung zu tragen und das Staatsruder in die Hände einer neuen Macht zu legen, welche die Fähigkeit und die Macht habe, eine Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchzuführen. Ob sie in einigen Wochen noch die Freiheit des Handels haben wird, das ist im Hinblick auf das tschechische Tempo, das die Entwicklung der Heimwehrbewegung eingeschlagen hat, fraglich. Es ist an der Zeit, kurz entschlossen und durchgreifend zu handeln, so wie es die Mehrheit des deutschen Volkes in Österreich verlangt. Der Zeiger geht auf 12, die Parteien sind gewarnt zum letzten Male.

Zur Lösung der englischen Arbeitslosenfrage.

London, 18. September. (Reuter.) Der Minister für das Arbeitslosenproblem J. D. Thomas gewährte sofort nach seiner Ankunft aus Kanada in Liverpool dem Vertreter des Reuterschen Büros ein Interview, worin er erklärte, er sei mit dem Ergebnis seiner Reise vollkommen zufrieden. Er sei überzeugt, daß sie zur Lösung des Arbeitslosenproblems in Großbritannien beitragen werde. Kanada habe sich nämlich verpflichtet, Kohle, Stahl und andere Produkte, die es bisher aus anderen Ländern einfuhrte, jetzt aus Großbritannien zu beziehen. Minister Thomas beabsichtige, eine Reihe von Konferenzen mit den britischen Produzenten abzuhalten, um mit ihnen die Maßnahmen zu beraten, die zu ergreifen wären, damit das Ergebnis seiner Reise praktisch ausgenützt werden könne.

Entlarbung der Deutschnationalen.

Verbindung zwischen ihnen, den Bombenverschwörern und der Reichswehr! - Ziel: Diktatur und Monarchie.

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Die kommunistische Presse veröffentlicht seit einigen Tagen eine größere Anzahl von Briefen, die von deutschnationalen Politikern an jetzt verhaftete Teilnehmer an der Bombenverschwörung gerichtet sind. Hatte man zuerst an der Echtheit der Briefe gezweifelt, so ist inzwischen festgestellt worden, daß sie echt sind, denn sie stammen aus einer Mappe, die Herr Wefschke, einer der Hauptführer der Terroristengruppe, in betrunkener Zustand in einem Lokal in Phehoe liegen ließ. Werden durch die bisherigen Veröffentlichungen die deutschnationalen Parteiführer moralisch aufs Schwerste belastet, so stellt sich jetzt weiter heraus, daß auch eine Verbindung zwischen den Bombenattentätern und der Reichswehr bestand. In einem Brief wird Wefschke aufgefordert, den Leutnant a. D. Jeschke, der als Zivilangestellter bei der Reichswehr in Lübeck beschäftigt war, in der Kaserne telephonisch anzurufen, um mit ihm über die Verhandlungen in Phehoe zu sprechen. Es hat sich weiter herausgestellt, daß Wefschke einen regen Verkehr mit Offizieren der Garnison Lübeck unterhielt, wo er regelmäßig und gern gesehener Gast im Offizierskasino gewesen ist. Man erfährt weiter von einem Brief, den der Gutsbesitzer Wilhelm von Gasa an seinen Schwiegersohn, den Reichswehrgeneral Freiherrn von Hammerstein gerichtet hat. Darin wird in unbehüllter Form der Vorschlag gemacht, daß die Reichswehr eine Diktatur in Deutschland errichten solle, die die Wiederherstellung der Monarchie anzustreben hätte. General von Hammerstein solle den Diktator spielen.

Das Reichswehrministerium erklärt zu diesem Briefe, daß er ihm bereits bekannt gewesen sei, General von Hammerstein habe jedoch den Brief vernichtet und nicht beantwortet. Damit kann allerdings diese Angelegenheit nicht erledigt sein. Vielmehr ist anzunehmen, daß er in nächsttag noch eine wesentliche Rolle spielen wird.

Vormarsch in den Betrieben.

Die richtige Antwort auf die kommunistischen Verleumdungen der Sozialdemokratie.

Aus Neudorf wird gemeldet: Dienstag fanden in Betrieben der R. W. A. die Wahlen in den Arbeiterbetriebsausschuss statt, die folgendes Resultat brachten. (In Klammern die Ziffern vom vorigen Jahre):

Table with 4 columns: Union, Stimmen, Mandate, Stimmen, Mandate. Rows: Union der Textilarbeiter (1781, 12, 1325, 10), Kommunisten (645, 4, 954, 7), Christlichsoziale (183, 1, 109, 0), Sakentkreuzler (0, 0, 138, 0).

Wahlberechtigt waren 3001 Personen, wovon sich 2677 an der Wahl beteiligten.

Die Kommunisten hatten wochenlang in ihrer Presse und in anonymen Flugchriften die gemeinsten Lügen und Verleumdungen gegen die Union der Textilarbeiter bezogen, deren Vertrauensmänner deportiert. Den größten „Schlager“, der aber auch zugleich an Gemeinheit und Niederträchtigkeit nicht mehr überboten werden kann, hatten sich für den letzten Moment aufgehoben. Er richtete sich nur gegen den jahrelangen Vor-

sitzenden des Betriebsausschusses. Selbst der Ueberfall im Gesicht mit Ruß geschwartzter kommunistischer Rowdys auf jugendliche sozialdemokratische Arbeiter konnte die kommunistische Niederlage nicht mehr aufhalten.

Die Sakentkreuzler, die im vorigen Jahre noch kandidiert hatten aber ohne Mandat blieben, hatten diesmal von einer selbständigen Liste Abstand genommen, womit der Stimmenzuwachs der Christlichen erklärlich ist. Hätten diese beiden Richtungen jede wieder selbständig Listen eingebracht, so hätte keine Richtung ein Mandat erreichen können. Darüber waren sie sich im klaren und deshalb haben sie sich stillschweigend gesunden.

Nur wer die Verhältnisse in diesem Kleinunternehmen kennt, weiß den Erfolg der Union der Textilarbeiter zu schätzen. Der Ausgang dieser Wahl ist aber auch ein sicheres Zeichen, daß auch in diesem Unternehmen die Verunst innerhalb der Arbeitererschaft wieder obenaufliegt, trotz allen Verleumdungen von links und rechts!

Die Arbeiterregierung für Abrüstung zur See.

Londoner Fünf-Mächte-Konferenz im Jänner.

London, 18. September. „Times“ meldet: Premierminister Macdonald hat die französische, die italienische und die japanische Regierung davon verständigt, daß Anweisungen an die britischen Vorkämpfer in Paris, Rom und Tokio ergangen sind, die drei Regierungen zur Teilnahme an einer Fünf-Mächte-Konferenz über die Abrüstung zur See einzuladen. Es wird beabsichtigt, daß die Konferenz in der dritten Jännerwoche des nächsten Jahres in London zusammenzutreten soll. Die Regierung der Vereinigten

Staaten, die sich an der Einladung beteiligt, wird ihren diplomatischen Vertretern in den genannten Ländern gleiche Anweisungen geben. Die britische und die amerikanische Regierung werden der Vollkonferenz die Einzelheiten ihrer provisorischen Vorschläge mitteilen und den eingeladenen Regierungen zu verstehen geben, daß ein günstiges Ergebnis nicht ohne ihre vollständige und sympathische Mitarbeit erreicht werden kann, besonders in der Frage der Einschränkung der Tonnage für Zerstörer und Unterseeboote.

Die Obere Mongolei mobilisiert?

Tokio, 18. September. Nach einer Meldung, welche die japanische Presseagentur aus weihgardistischen Kreisen erhielt, mobilisierte die Regierung der Sowjetrußland besetzten Obere Mongolei alle Männer zwischen 20 und 40 Jahren und schickte sie an, 50.000 Mann in den Kampf zu senden, falls dies die Kämpfe zwischen China und Sowjetrußland erforderten.

Chinesen beschließen Sowjetgrenzwache.

Moskau, 18. September. Nach Meldungen aus Nchita näherten sich eine chinesische Infanteriekompanie und eine Kavallerieabteilung bei der Station Mandschuria der Grenze, beschossen sechs Stunden lang die Sowjetgrenzwache und suchten sie gefangen zu nehmen, wurden jedoch von den herbeigeeilten Grenzsoldaten von der

Grenze zurückgedrängt. Bei Pogranitschnaja, Magowestschensk und einer Anzahl von Grenzposten wurden die Sowjetwachen fortgesetzt von den Chinesen beschossen.

China protestiert.

Nanking, 18. September (Reuter). Der chinesische Außenminister Wang brachte durch die deutsche Regierung einen nachträglichen Protest gegen die Verhaftung tausender Chinesen durch die Sowjetorgane ein, die als Grund angab, daß sie zu diesen Repressalien greifen mußten, weil chinesischerseits in unzulässiger Weise gegen die Sowjetangehörigen vorgegangen worden sei. Minister Wang verlangt die sofortige Freilassung der verhafteten Chinesen und stellt gleichzeitig an die deutsche Regierung das Ersuchen, den chinesischen Gefangenen inzwi- schen ihre Unterstützung zu gewähren.

Mussolinis Rache-Atte.

Rom, Mitte September 1929.

„Sie werden wegen antinationaler Politik in die Verbannung geschickt“, sagt der italienische Polizeibeamte, und schon muß jeder Italiener, der aus irgendwelchem Grunde unbeliebt ist, ohne Urteil, ohne Verhandlung, ohne irgendwelche Verteidigungsmöglichkeit auf Grund einer oft falschen Verdächtigung den Weg auf die Verbannungsinselfn Ustica, Lipari oder Ponza antreten, sobald von der Polizei ein Wink gegeben wird. Ein typisches Beispiel für die italienische Polizeiwillkür ist der Fall jenes Bauern, der in die Verbannung mußte, um die Liebe des Polizeihauptmannes zur Frau des Bauern weniger zu fördern oder der Fall der Schriftstellerin Guglielminetti, die durchsetzte, daß ihr früherer Liebhaber Vittigrilli, dessen sie überdrüssig wurde, in die Verbannung mußte. Der Arzt Dr. Leti wurde von seinen Konkurrenten in die Verbannung befördert, indem man ihn anklagte, die Freimaurerei wieder organisieren zu wollen. Aber Leti war nie im Leben Freimaurer!

Die Verbannten werden in schwere Ketten gelegt und müssen dann in endloser, 20 bis 40 Tage langer Fahrt auf die Verbannungsinselfn. Der Zug hält an ausnahmslos sämtlichen Stationen. Man kann nicht schlafen und kaum essen. Man bekommt während der ganzen Zeit nur trockenes Brot und einmal am Tag etwas Suppe. Wer Geld hat, kann theoretisch etwas kaufen. Er muß es am Tag nach der Ankunft bestellen und bekommt es erst am drauffolgenden Tage ausgehändigt; aber bis dahin fährt der Zug schon wieder weiter. Die Ernährung ist also nur ein theoretisches Recht.

Kommt der Gefangene dann total erschöpft auf der Insel an, so erfährt er die gemeinsten Erniedrigungen, besonders auf der Insel Ponza, wo 300 politisch Verbannte mit 100 gemeinen Verbrechern (Zuhältern, Moleinschmugglern usw.) zusammenleben müssen. Als der Verbannte Del Moro auf der Insel Lipari einen Polizeihauptling, der ihn schwer beleidigte, mit der Faust zu Boden schlug, wurde er zunächst sofort in ein Irrenhaus geschickt und dann „belehrt“. Seine Eltern bekamen nicht einmal eine Nachricht von seinem Tode. In Lipari sind 400 politisch Verbannte und 100 Verbrecher unter dem Kommando von 200 Schwarzhenden. Auf Ustica sind nur noch 30 Politiker und 800 Gauner. Im Juli dieses Jahres wurden viele Verbannte von Ustica nach Ponza transportiert. 600 Kilogramm Ketten hatten sie an den Händen. Der Dampfer „Garibaldi“, der sie nach Ponza brachte, wurde von drei Torpedobooten begleitet. Alle Menschen auf den vier Schiffen waren bis an die Zähne bewaffnet.

Die Gefangenen haben nicht die Erlaubnis, die ganze Insel zu betreten. Höchstens ein abgezierter Quadratkilometer gibt als ihr Aufenthaltssort. Jeder bekommt zehn Lire pro Tag. Wer eine Familie hat, ist damit dem äußersten Elend ausgeliefert. Wer dem Gefangenen oder seiner Familie Geld gibt, wird selbst verhaftet. Eine Bibliothek ist auf Lipari vorhanden, aber die Werke von Marx, Gorki, Dostojewskij wurden bald entfernt (im ganzen hat man 300 Bücher fortgenommen). Arbeit gibt es nicht. Die Verbannungsinselfn sind Schulen der Faulheit und des Lasters, die von provozierenden Agenten durchsetzt sind, welche dauernd Schimpfslieder auf den ermordeten Matteotti singen. Alle Briefe werden bei der Ankunft und beim Versand von der Zensur durchgesehen. Die Briefe müssen offen auf der Post abgefertigt werden. Jeder Verbannte wird genauestens überwacht. So eine tollkühne Flucht wie die der drei Sozialisten Ussu, Rosselli und Nitti (Reise des früheren Ministerpräsidenten Francesco Sitti), die am 27. Juli Lipari in abenteuerlichster Weise verlassen konnten (sie mußten erst zehn Minuten schwimmen, bevor sie das rettende verborgene Schiff erreichen konnten, auf dem sich in Schwarzhemden verkleidete Freunde befanden), kommt gewiß nicht alle Tage vor.

Außer auf diesen drei Inseln gibt es Verbannte noch in vielen anderen Orten. 1200 Personen leben in Verbannung, und 2000 unter ständiger Bewachung. Als ein Vertreter des Pariser „Petit Parisien“ (der eine tägliche Auflage von 1.5 Millionen Exemplaren hat), kürzlich als einziger Journalist, der die Erlaubnis bekam, Lipari zu besuchen, angemeldet wurde, da kam schon zehn Tage vorher ein Delegierter aus Rom, um alle Cerimonien zum Empfang zu ordnen. Der Journalist wurde dauernd beobachtet und eingeladen, und als er schließlich darum bat, auch einmal mit einigen Gefangenen sprechen zu dürfen, da wurde er sogleich mit 20 Gefangenen bekannt gemacht. Er fragte, wie es ihnen gehe, und sie antworteten, daß sie sich über nichts zu beklagen hätten, und daß sie ihr ganzes Leben auf der Insel verbringen möchten. Durch einen Zufall erfuhr der Journalist zwei Tage später, daß er mit gar keinen Gefangenen gesprochen hatte, sondern daß man ihm in Lipari statt der Gefangenen 20 als Gefangene verkleidete Schwarzhemden vorgestellt hatte!

Die 2000 Italiener, die, ohne verbannt zu sein, unter ständiger Bewachung stehen, leben zwar in ihrem Wohnort, aber sie müssen um eine bestimmte Zeit abends nach Hause kommen, sie dürfen sich in kein Café setzen und nirgends über Politik sprechen. Drei bis vier Mal täglich kommt die Polizei zur Hausdurchsuchung. Viele dieser Ueberwachten haben sich daher von ihrer Familie trennen müssen. Sie müssen meist im ersten Zimmer ihrer Wohnung schlafen, damit sie genau von den Polizeibeamten überwacht werden können. Dieses System ist besonders scharf in Bologna ausgebildet. Diese armen Menschen, die den schlimmsten Reinigungen unterworfen sind, würden natürlich die Verbannung vorziehen. Im Grunde sind heute 40 Millionen Italiener verbannt auf Urlaub, am schärfsten überwacht wird Amerigo Dumini, der am 10. Juni 1924 Giacomo Matteotti ermordete und dafür 60.000 Lire erhielt. Vier Polizisten beobachteten ihn auf Schritt und Tritt. Mit niemand darf er sprechen. Er ist das böse Gewissen Mussolinis!

Kurt Lena.

# Die Höchstschülerzahl der Klassen an den Volksschulen.

## Die Landesvertretung bleibt

Wir haben bereits einigemal darüber berichtet, daß der Landeschulrat den schulfreundlichen Beschlüssen der böhmischen Landesvertretung einen gewissen Widerstand entgegensetzt. Die Landesvertretung hat seinerzeit im Mai d. J. einen Beschluß gefaßt, dessen Zweck die Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen von 70 auf 60 bei mehrklassigen, und auf 50 bei einklassigen Volksschulen war. Dagegen hat sich der Landeschulrat an die gesetzmäßige Bestimmung gehalten, die die Höchstschülerzahl 70 beträgt.

Vor Beginn der Beratungen im Budgetausschuß der böhmischen Landesvertretung hatte bereits am Dienstag Genosse Gr und eine diesbezügliche Anfrage an den Landespräsidenten gerichtet. Bei der Beratung des Kapitels Schule im Budgetausschuß, die am Mittwoch stattfand, wurde nun über diese Frage ausführlich gesprochen. Es wurde vor allem beschlossen,

**in das heurige Budget einen Betrag von 4 Millionen Kč einzustellen, um die Erhöhung der Ausgaben, welche durch die Eröffnung neuer Parallellassen entstehen, zu decken.**

Außerdem mußte aber eine Unklarheit beseitigt werden, die in der diesbezüglichen Verordnung des Landesamtes Eingang gefunden hatte. Diese Verordnung sprach nur von der Auflassung bisheriger Parallellassen, nicht aber von der Neuerichtung von Klassen. Der Budgetausschuß faßte daher nochmals einen Beschluß, der der

Landesvertretung vorgelegt wird. Dieser Beschluß lautet:

„Das Land können wir gegen die Erziehung bzw. Erhaltung von Klassen und Parallellassen in den Volksschulen Einwendungen erheben:

1. Wenn der Landeschulrat die Klassen oder Parallellassen unter Anerkennung der zulässigen Höchstzahl von Schülern in einer Klasse von 60 bei mehrklassigen bzw. 50 bei einklassigen Schulen bewilligen wird;

2. wenn er nach denselben Grundsätzen bei der Erhaltung der bisherigen Klassen oder Parallellassen vorgehen wird.

Gleichzeitig wird der Landeschulrat ersucht, ohne dringende Gründe die bisherigen Klassen und Parallellassen überhaupt nicht aufzulassen, wenn mit der Erhaltung derselben weder dem Lande noch der Gemeinde höhere Ausgaben gegenüber dem bisherigen Stande entstehen, und nicht aufeinanderfolgende Jahrgänge nicht zu vereinigen, wenn bei der Auflassung von Parallellassen die Notwendigkeit einer Schülerverschiebung entstehen würde.“

Die böhmische Landesvertretung, die im Laufe des Monats Oktober zusammentreten wird, wird zweifellos diesen Beschluß, der einstimmig angenommen wurde, genehmigen und es ist zu hoffen, daß nunmehr unüberwindlich an die Teilung jener Volksschulklassen geschritten wird, wo die Schüleranzahl mindestens 61 bzw. 51 beträgt.

pflege vor aller Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch im Ausland zu diskreditieren!

## Zutaprozess.

### Rede des Verteidigers.

Bratislava, 18. September. (Tsch. P.-B.) Im Tula-Prozess erteilte heute um halb 10 Uhr der Vorsitzende Dr. Terebessy dem Verteidiger Dr. Tulas Dr. Galla das Wort zu seinem Plaidoyer. Dr. Galla betont zunächst den politischen Charakter des Prozesses. Auf der Anklagebank sollten noch weitere Personen sitzen, die ihre antistaatliche Tätigkeit eingestanden und sich deren Folgen dadurch entkulten, daß sie gegen Dr. Tula Zeugenschaft ablegten. Weiters beschäftigte sich Dr. Galla mit dem Slowakentum Dr. Tulas und erklärte, niemand könne behaupten, Dr. Tula sei unter der ungarischen Herrschaft ein Feind der Slowakei gewesen. Im Jahre 1919 bei der Volkszählung in der Slowakei füllte die Pflegerin den Volkszählungsbogen Dr. Tulas, in dem er sich als Magyare bekennt, nach dem alten Anmeldebogen aus. In einer Uebersicht der politischen Ereignisse seit dem Umsturz schildert Dr. Galla die Entwicklung des slowakischen autonomistischen Gedankens, dessen Verhinderer sich bemühten, die Volksmassen durch Radikalisierung zu gewinnen.

Der Verteidiger beschäftigte sich zunächst mit der politischen Seite des Prozesses und analysierte Tulas Autonomievorschlag vom Jahre 1921, den er über Aufforderung der slowakischen Volkspartei ausarbeitete, der aber nicht zu dem Zwecke vorgelegt wurde, um sofort verworfen zu werden und den sich die Partei dann nicht zu eigen machte. Dr. Tula war nicht schuld daran, daß die Feinde der Tschecoslowakischen Republik diesen Vorschlag dann dazu benutzten, um zu erklären, daß er auf die vollkommene Selbständig-

## Parlament am 25. September.

### Tula-Debatte in der Dsmičla.

Prag, 18. September. Nach Informationen der „Nár. Listy“ hat die Dsmičla, die ihre Beratungen heute vormittags fortsetzte, die erste Sitzung des Parlaments, die für den 24. in Aussicht genommen war, auf Mittwoch, den 25. d. M. verschoben. Weitere Sitzungen sollen am Donnerstag und Freitag stattfinden, worauf dann eine zweiwöchige Pause eintritt, in der die Ausschüsse arbeiten sollen. Die offizielle Beschlusfassung über die Parlamentseinberufung obliegt dem Parlamentspräsidium, das für morgen halb drei Uhr einberufen ist.

Der heutigen Dsmičlasißung wohnten auch die Minister Sednisko, Basak und Rovaš bei, die über die geplante Hilfsaktion für die durch Elementarkatastrophen geschädigten Landwirte und über die Einfuhrsperre referierten.

In der Dsmičla soll der Vertreter der Slowaken Sival eine Reihe von Beschwerden vorgebracht haben, daß seitens der Polizeidirektion in Preßburg und der dem Außenministerium nahestehenden Blätter in Sachen des Zutaprozesses ein unzulässiger Druck ausgeübt worden sei; namentlich die häufigen Konfiskationen des „Slovak“ waren Gegenstand dieser Beschwerde. So wurde ein Telegramm der amerikanischen und Wiener Tagesblätter an den Präsidenten in den „Lid. Nov.“ anstandslos durchgelassen, im „Slovak“ aber konfisziert. Anschließend an die Ausführungen Sivals soll es dann zu einer richtigen Tula-Debatte gekommen sein, an der sich auch die anderen Parteienvertreter beteiligten.

Daß derartige Debatten in hochoffiziellen Koalitionskörperschaften in einem Augenblick möglich sind, wo in Preßburg die Wälders gehalten werden und das Urteil vor der Tür steht, ist sicher wie so bald nicht etwas geeignet, unsere Justiz-

keit der Slowakei und ihren späteren Anschluß an Ungarn abziele. Es ist nicht nachgewiesen worden, daß dieser Vorschlag Dr. Tulas aus Budapest geliefert wurde, wie es der Agent Ravich behauptete, der einmal sagt, der Vorschlag stamme von Budapest, das andere Mal Tula hätte ihn nach Budapest bloß zur Korrektur geschickt und schließlich, er (Ravich) habe ihn Dr. Tula für Budapest gestohlen. Trotz allen Angriffen hege die Volkspartei Vertrauen zu Dr. Tula. Dr. Tula habe den Geist der slowakischen Jugend nicht vergiftet, er habe aber den Studentenverein „Mojes“ gegründet, die slowakische Jugend unterstützt und sie zu strammem Nationalbewußtsein erzogen. Die Frage der St. Martin-Deklaration sei keine Frage Tulas, sondern sie wurde noch vor dem Eintritt Tulas ins politische Leben der Slowakei aufgeworfen und es sei auch in diesem Prozesse nicht gelungen, sie zu klären, denn das Original des Protokolls vom 31. Oktober 1918 wurde dem Gericht bisher nicht vorgelegt. Mit der Darlegung seiner Artikel in der „Correspondence Slovaque“ werde sich Tula selbst besonnen. Dr. Galla wolle die Artikel nicht entschuldigen, macht aber den Vorwurf, daß vor dem Gericht bloß die Ueberschriften dieser Artikel und die schärfsten Artikel verlesen wurden, während die objektiver geschriebenen nicht verlesen wurden. Diese Artikel müßten heute ganz anders beurteilt werden als zur Zeit, da sie geschrieben wurden, wo ein so radikaler Ton in der slowakischen Autonomiebewegung gang und gäbe war. Es sei bewiesen, daß Dr. Tula als Chefredakteur des „Slovak“ den Radikalismus derjenigen, die Beiträge lieferten, zügelte. Auf die Worte des Procurators „Herr Professor Dr. Tula, Sie sind Magyare, Sie sind es und werden es bleiben“ führt Dr. Galla die Worte Dr. Bazovšts aus seinem Briefe an den Abg. Hlinka an, daß Dr. Tula immer auf ihn wie ein bescheidener, gebildeter, gut patriotischer Mensch, ein Mensch der slowakischen Volkspartei, gewirkt habe, der Hlinka ungewöhnlich ergeben war.

Um halb 13 Uhr wird die Verhandlung auf morgen vertagt, wo Galla keine Rede fortsetzen wird.

## Budgetberatung der böhmischen Landesvertretung.

Der Budgetausschuß der böhmischen Landesvertretung fehte die Spezialdebatte über das Landesbudget für 1930 gestern fort. In Beratung wurde zunächst das Kapitel 5 (Gesundheit und soziale Fürsorge) durchgenommen, wobei die Genossen Gr und Krejčí ausführlich die sozialen Aufgaben der Landesverwaltung erörterten und eine Reihe von Anträgen stellten. Von den zur Annahme gelangten Anträgen unserer Genossen erwähnen wir einen, in welchem der Landespräsident aufgefordert wird, den Bezirkshauptleuten eine liberale Handhabung des Gesetzes über die Altersunterstützung zu empfehlen. Auch ein Antrag des tschechischen Genossen Dr. Langner, in welchem verlangt wird, daß die Landesgeldinstitute billigen Kredit für Kleinwohnungen bereitstellen mögen, gelangte zur Annahme. Zum Kapitel 6 (öffentliche Sicherheit) sprach Gen. Dr. Srauf, wobei er insbesondere die Novellierung des Gesetzes über die Militärbeurlaubung forderte, damit die auf den Selbstverwaltungskörpern lastenden Ausgaben vom Staate übernommen werden. Seinem Antrage, der Landesausschuß möge darüber mit der Regierung verhandeln, wurde stattgegeben.

Beim Kapitel 7 (Schule) entspann sich eine rege Debatte, in die von unserer Seite Genosse Krejčí eingriff, der auch einige Anträge stellte, welche den Ausbau unseres Schulwesens und die Besserstellung der Lehrer zum Zwecke hatten. Auf

**Unentbehrlich**  
Ihr Vertrauensleute und Helfer der  
**Arbeiterfürsorge**  
sind die „Merkblätter für Fürsorgefunktionäre“.  
Bisher erschienen:  
Nr. 1. Richtlinien für Fürsorgefunktionäre. II. Teil.  
Nr. 2. Fürsorge und Gesellschaft. Von Heinrich Hergel.  
Nr. 3. Arbeiter-Fürsorge und Fürsorge-Einrichtungen. Von Theodor Schuster.  
Nr. 4. Arbeiterbewegung und Arbeiterfürsorge. Von Josef Holbauer.  
Nr. 5. Aufgaben der Arbeiterfürsorge. (Kampf gegen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus.) Von Dr. Arnold Hollischer.  
In Vorbereitung:  
Nr. 6. Sozialhygiene und Arbeiterfürsorge. Von Dr. Theodor Gruschka.  
Nr. 7. Gewerkschaft und Arbeiterfürsorge. Von Anton Schöler.  
Die Merkblätter sind zu beziehen durch den Verband „Arbeiterfürsorge“, Geschäftsstelle  
Brünn, Französische Straße 24.  
Holt Euch Rat bei uns!  
Die Arbeiterfürsorge ist die organisierte Selbsthilfe des Proletariats!  
Dem Klassengenossen soll durch den Klassengenossen geholfen werden!  
Gründet Bezirksvereine! Werbet Mitglieder!  
Helft der Arbeiterfürsorge!

## Ein brasilianisches Mietshaus.

Roman von Aluizio Azevedo. 20

„Hallo!“ rief Das Dorez nach Nummer neun hinüber. „Sagt Rita, sie soll mal diesen Schrimpsalat kosten und sagen, ob sie jemals eine besser bereitete „patapa“ gegessen hat. Und wenn es bei ihr etwas Pfeffer Sauce gibt, so lasse ich sie darum bitten.“

Der Lärm in beiden Wohnungen wurde jetzt ohrenbetäubend. In Nummer acht wurden laute Reden geschwungen und Lieder gegröhlt. Das Dorez' Freund hatte Red und Fragen abgelegt und schien drauf und dran, auch sein Demd auszuzeichnen. Mit Schweinebraten und Rotwein vollgestopft, schaukelte er lachend auf seinem Stuhl hin und her, und der Schweiß tropfte von seinem roten Gesicht. Sein Freund machte Néném den Hof, aber die anderen bemerkten es nicht, weil zwischen Nachona und Ekrem laut schreienden Sohn Augusto, der keine Sekunde still sein konnte, ein heftiger Wortwechsel stattfand. Die ewig lächelnde und gutgelante Fiorinda stand ab und zu vom Tisch auf, um ihrer Mutter einen Teller mit Essen hinüberzubringen, den Marcianna hatte sich im letzten Augenblick entschlossen, nicht an dem Fest teilzunehmen.

Beim Dessert forderte der aufgetraute und nicht mehr ganz nüchterne Beschützer von Das Dorez seinen Schatz auf, sich ihm auf den Schoß zu setzen und ihn glühend zu küssen, worauf die alte Isabel meinte, es sei Zeit, ihre Tochter aus solcher Hölle fortzuführen. Sie gab daher vor, sich unwohl zu fühlen und wollte den Kaffee lieber draußen trinken.

Bei Rita ging es womöglich noch lebhafter zu. Firmo und Porfiro machten einen fürchterlichen Radau, sangen und erzählten Anekdoten.

Der erstere hatte seinen Arm um die Taille der Mulatin gelegt und bestand darauf, aus einer Tasse mit ihr zu trinken.

Leocadia, die der Wein immer in einen Zustand maßloser Fröhlichkeit versetzte, schüttelte sich vor Lachen, bis sie vom Stuhl fiel, worauf sie ihre Fußsohlen gegen die von Porfiro stemmte, und als in dem nun folgenden Kampf ihr Gegner hintenüber zu Boden fiel, erreichte ihre Lustigkeit den Höhepunkt. Ihr Watte Bruno, schweißend und rot, als stände er in seiner Schmiebe, redete eifrig über dies und jenes, ohne daß jemand beachtete, was er sagte. Alexandre sah steif und würdig in seinem einfachen, außerordentlichen Anzug da und machte höchstens den Mund auf, um den Lärm zu beschwichtigen, weil er überzeugt war, der Radau könne auf der Straße gehört werden. Er fügte vielsagend hinzu, Miranda sei schon zweimal ans Fenster getreten und habe auf den Hof hinuntergeschaut.

„Laß ihn doch glocken, soviel er will,“ sagte Rita, „die Menschen haben doch wohl noch das Recht, den Sonntag mit ihren eigenen Freunden in ihrem eigenen Hause zu verleben, wie es ihnen Spaß macht. Er zahlt uns ja das Essen und Trinken nicht.“

Die beiden auswärtigen Gäste und Bruno waren derselben Ansicht. Sie meinten, die Nachbarn sollten sich lieber um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, solange man sich nicht an sie wandle oder sie belästigte. Firmo kannte sogar noch einen Ort, wo es heißer war als in diesem Zimmerchen und wo solche Leute wie der alte Miranda hingehörten, und er war drauf und dran, zu ihm hinüberzugehen und ihm den zu empfehlen. Porfiro stellte fest, wenn einer das Feld räumen müsse, so sollte es natürlich der sein, der sich nicht wohlfühlt. Bruno murmelte, der Sonntag sei zum Vergnügen da und ließ daraufhin seinen Kopf auf den Tisch fallen. Dann stand er auf, kramelte sich die Kermel-

hoch und verkündete, er werde die Sache sofort in Ordnung bringen, wenn die anderen ihn einen Augenblick entschuldigen wollten. Alexandre befähigte ihn mit einer Zigarre.

Nach ein anderes Haus der Zielung trug zu dem allgemeinen Getöse bei. Hier sah eine Gruppe italienischer Hausierer bei Tisch, von denen Delporto Pompeo, Francesco und Andrea die Anführer waren. Auch hier wurde gesungen, aber schön und harmonisch. Man konnte ihre Lieder in dem allgemeinen Tumult nicht deutlich hören, aber ab und zu vernahm man über den tiefen Männerstimmen einen hellen durchdringenden Ton, der von den heiferen Papageien auf dem Hof augenblicklich beantwortet wurde. In allen Teilen des Hauses herrschte geselliges Leben, denn die schwer arbeitenden Bewohner waren entschlossen, ihren einen freien Tag nach Kräften auszunützen.

Wieder erschien die rundliche und würdige Gestalt Mirandas oben am Fenster. Er platze vor Wut, hatte eine Serviette um den Hals gebunden und hielt ein Schmittmesser wie ein Schwert in seiner Rechten.

„Fahrt zur Hölle mit eurem Gebrüll, ihr kreischenden Teufel!“ schrie er und suchte mit seinem Messer herum. „Das ist zubei! wenn der Radau nicht aufhört, rufe ich die Polizei und heße sie auf euch dreckige Schweine.“

Augenblicklich tauchten in allen Türen und Fenstern glotzende Gesichter auf, deren höhnisches Gelächter ihn in solchem Grade reizte, daß er alle Fassung verlor.

„Canaille!“ brüllte er. „Ich sollte euch niederstrecken, wie ein Rudel toller Hunde.“

Aus allen Ecken des Hauses erhob sich ein Chor von spöttischen Anrufen, während Mirandas das Familie versuchte, den Wüterich vom Fenster wegzuziehen.

„Miranda, du machst es ja nur noch schlimmer.“

„Komm doch weg, Papa.“

„Nimm dich in acht vor Steinen, diese Leute sind zu allem fähig.“

Neben ihm sah man Dona Estella, bläß wie eine halbverwelkte Blume, Zulmira, die vor Angst zitterte, Henrique, lieblich wie immer, und den alten Botelho, der diesen Abschaubild einer fremden Welt mit tiefer Verachtung beäugte, als er erwartete er gar nichts mehr von ihnen, wie er ja auch von sich selber nichts mehr erwartete.

„Dreckige Hunde“, jächte Miranda.

Alexandre, der hastig seinen Polizeirock angezogen hatte, erschien jetzt unter dem Fenster des Kaufmannes und rief ihm warnend zu, es sei unklug, seine Nachbarn so zu beleidigen, niemand hätte ihm Anlaß gegeben zu solchen Ausdrücken, und wenn die Leute im Freundeskreise sich amüsierten, so genieße ja auch er, Miranda, bei sich zu Hause denselben Vorzug. Es sei nicht gut, Menschen zu beschimpfen, denn ein Wort gäbe das andere und wenn die Sache der Polizei gemeldet würde, wäre er, als einziger Zeuge, der die Obrigkeit repräsentierte, genötigt, alle Verantwortung auf die Schultern des Schuldigen zu legen.

„Fahr zum Teufel!“ fauchte Miranda und wandte ihm den Rücken.

„So ein gemeiner Lump!“ rief Firmo aus, der bis jetzt, die Hände auf den Hüften, vor Ritas Tür gestanden und Miranda unberührt angestarrt hatte. Dann schrie er lauter, um nur ja gehört zu werden: „Weh! dir nur die Hörner, zahmer, alter Däse, denn eines Tages werden wir noch zusammenstoßen.“

Miranda wurde gewaltsam weggezerrt und das Fenster mit Krachen zugeschlagen.

„Rämmere dich doch nicht um den alten Dbioten“, rief Porfiro und faßte seinen Freund am Arm. „Komm, wir wollen unseren Kaffee trinken, ehe er kalt ist.“

(Fortsetzung folgt.)

die übrigen Vorgänge in der Schuldebatte finden die Leser einiges an anderer Stelle. Zum Kapitel 8 (Kunst und Wissenschaft) sprach ebenfalls Gen. Dr. Strauß. Es werden diesmal eine Reihe deutscher Institutionen sowohl sozialer als auch kultureller Art mit Subventionen bedacht, die voriges Jahr leer ausgegangen sind. Fortsetzung der Spezialdebatte heute.

**Unwetter-Hilfsaktion für die Restgutsbesitzer.**

Zum „offenen Brief“ des Abgeordneten Leibl.

Vor kurzer Zeit hat bekanntlich Abgeordneter Genosse Leibl eine öffentliche Anfrage an die Minister des Innern und für Landwirtschaft gerichtet, ob das den Tatsachen entspricht, daß für die Restgutsbesitzer eine besondere Unwetter-Hilfsaktion durchgeführt wird. Dieser Schritt hat vor allem bei den geschädigten Häuslern und Landwirten, die noch immer in Ungewißheit leben, ob und in welchem Maße ihnen öffentliche Hilfe zuteil wird, berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Nun befaßt sich auch die „Landpost“ an leitender Stelle mit der offenen Anfrage Leibls und zwar in einer sachlichen Form, die von der geüblichen Schreibweise der agrarischen Provinzpresse wohlwiegend absteht. Das Blatt gibt objektiv zu, daß die Anfrage — sofern sie zur Beschleunigung der öffentlichen Hilfsmaßnahmen beiträgt — nur Gutes stiften kann. Weiter schreibt die „Landpost“: „Auch eine Aufklärung über die angebliche besondere Hilfsaktion zugunsten der Restgutsbesitzer kann Klarheit und hoffentlich Beruhigung bringen.“

Das Organ der deutschen Agrarpartei polemisiert sodann gegen eine Stelle der „offenen Anfrage“, die verlangt, „daß alle Geschädigten, in dem Maße, als ihre Existenz gefährdet wurde, gleichmäßig berücksichtigt werden sollen.“ Daraus leitet es den Fehlschluß ab, daß die Sozialdemokraten nur eine Hilfsaktion verlangen, soweit eine Gefährdung des Lebensunterhaltes der betroffenen Familien vorliegt. Dem ist nicht so. Man wird auch auf die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz Rücksicht nehmen müssen, wobei es uns allerdings selbstverständlich erscheint, daß die Hilfeleistung in erster Linie bei den kleineren Existenzen beginnen muß. Daß man aber den Restgutsbesitzern, die bisher schon auf Kosten der Allgemeinheit reichlich genug bedacht wurden (Uebernahmspreise, Steuernachlässe) zuerst an die Hand geht, ihnen neuerliche Begünstigungen gewährt, den andern Geschädigten aber, die ihren Besitz rechtlich erworben und ihre Steuern pünktlich bezahlt haben, einen Vettel hintwirft, das wäre eine solche Ungehöuerlichkeit, die auch den neuesten Anhängern der Regierungsparteien über die Hutchnur ginge.

**Der Ausverkauf Schlesiens beginnt.**

Brünn, 18. September. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung der mährisch-schlesischen Finanzkommission wurde eine Reihe von Anträgen, mit denen sich die Landesvertretung beschästigen soll, durchberaten und von den Mehrheitsparteien angenommen. Es handelt sich zumeist um Anträge finanzieller Natur, so um die Aufnahme einer Anleihe von 11 Millionen Kronen zu Konversionszwecken, dann um die Uebnahme der Garantie für eine neue Aktienemission der westmährischen Elektrizitätswerke in der Höhe von drei Millionen Kronen usw.

Der wichtigste Punkt, vom Genossen Biskla heiß umkämpft, betraf den Abverkauf von Landesrealitäten in Troppau und eines Erholungsheimes für Landesangestellte in Karlsbath. In Troppau hatte der ehemalige Landtagsseinerzeit im Anschluß an den Landhauspark Realitäten angekauft, um eine Erweiterung des Landtagsgebäudes vornehmen zu können. In diesen Realitäten befinden sich jetzt eine landwirtschaftliche Schule und ein Teil der deutschen Sektion des ehemaligen schlesischen Landeskulturrates. Es ist ganz klar, daß mit der Durchführung dieses Verkaufes die Möglichkeit verschert wird, im Falle der Wiederherstellung der Selbstverwaltung Schlesiens eventuell notwendige Zubauten vorzunehmen. Genosse Biskla nahm in längeren Ausführungen zu diesen Plänen Stellung und erklärte, daß ein derartiger Schritt für die Zukunft große Bedeutung haben könne, weil nicht nur die deutschen Sozialdemokraten, sondern auch die Aktivisten — wenigstens betonen sie es immer — an der Wiederherstellung der schlesischen Landesautonomie arbeiten. Es muß die Frage aufgeworfen werden, was mit den in diesen Gebäuden untergebrachten Mietern und Mietern geschehen wird. Die Bevölkerung von Schlesien würde es jedenfalls als neue Herausforderung empfinden, wenn die seinerzeit gegebenen Versprechungen, daß man an den Landesentwürfen keine Änderungen vornehmen wird, gebrochen werden. Bei dem Erholungsheim in Karlsbath handelt es sich um eine Einrichtung, die vor vielen Jahren geschaffen wurde und auf die die schlesischen Landesangestellten mit Recht stolz bliden. Es ist nicht einzusehen, warum diese soziale Einrichtung nun plötzlich beseitigt werden soll. Die deutsch-bürgerlichen Vertreter mußten angesichts dieser Sachlage wohl oder übel doch auch eine Meinung vorbringen und so beantragte der Landbündler Orso die Vertagung der Angelegenheit, während der christlich-soziale Dr. Nowotny für eine getrennte Abstimmung eintritt. Dieser Antrag wurde von den Bundesgenossen unserer Aktivisten, von den tschechischen bürgerlichen Parteien abgelehnt, womit wieder einmal die hervorragende Rolle, die die Aktivisten allerorten spielen, glänzend beleuchtet wurde. Es wird also in der Landesvertretung um diesen Antrag noch ein erbitterter Kampf geführt werden, auf den man die Bevölkerung Schlesiens schon jetzt aufmerksam machen muß.

**Vor dem Ende der spanischen Diktatur.**

**Auffleg der sozialistischen Partei.**

Madrid, 17. September. (Eig. Drahtb.) Der Führer der spanischen sozialistischen Partei Largo Caballero kündigte am Dienstag in einer aufsehenerregenden öffentlichen Rede das Ende der Diktatur Primo de Ribera als nahe bevorstehend an. Der Augenblick sei gekommen, wo die Arbeiterschaft Spaniens wieder direkt und aktiv an der Verwaltung des Landes teilzunehmen müsse. Während der sechs Jahre der Diktatur

sei die Mitgliederzahl und das Ansehen der sozialistischen Partei bedeutend gewachsen. Er sei überzeugt, fuhr Caballero fort, daß Spanien noch vor 1931 zu einer normalen Regierungsform zurückkehren werde. Die sozialistische Partei treffe alle Vorbereitungen, um im gegebenen Augenblick in der provinziellen und kommunalen Verwaltung sowie im Parlament die ihr gebührende Rolle zu übernehmen.

**Französischer Gewerkschaftskongreß.**

**Erfreulicher Ausstieg.**

Paris, 17. September. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag vormittag wurde in Paris der 20. Kongreß der C. G. T., des Verbandes der sozialistischen Gewerkschaften Frankreichs in Anwesenheit von 1700 Delegierten eröffnet. Das erste Referat hielt der Sekretär der Gewerkschaftsunion für die Seine-Region Guiaud, der interessante Einzelheiten über die Entwicklung der sozialistischen Gewerkschaften in und um Paris gab. Die Pariser Region konnte die Zahl ihrer Mitglieder seit 1921 um 250 Prozent erhöhen. Im Jahre 1921 gab es hier 40.000 organisierte Gewerkschaftler, heute ist die Zahl 100.000 überschritten.

**Genf**

über die finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten.

Genf, 18. September. Zur Frage der finanziellen Unterstützung angegriffener Staaten wurde heute vormittag im Abrüstungsausschuß ein Entschließungsantrag des griechischen Delegierten Politis mit verschiedenen schwedischen Abänderungsanträgen angenommen. Diese Abänderungsanträge unterstreichen vor allem den engen Zusammenhang zwischen der geplanten finanziellen Unterstützung und der Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen und verlangen eine gründliche Prüfung dieses Zusammenhanges. In der Entschließung wird ferner betont, daß die Gewährung der finanziellen Unterstützung in enger Verbindung steht mit dem allgemeinen Problem der Bestimmung des Angreifers wie auch mit dem der Kriegsverhütung überhaupt. Mit diesem Hinweis wird den zahlreichen Bedenken gegen die Festlegung einer allgemeinen gültigen und ganz bestimmten Sanktionsverpflichtung wie auch gegen die Forderung eines bestimmten Verfahrens für die Bestimmung des Angreifers nach den Gedankengängen des Genfer Protokolls Rechnung getragen.

Graf Bernstorff wies auch in der heutigen Aussprache noch einmal auf die Wichtigkeit hin, daß die Staaten, die dieses Abkommen unterzeichnen, wissen sollen, was in der Frage der Abrüstung geschieht. Für Deutschland und für viele Staaten hänge jedenfalls die Unterzeichnung dieses Abkommens von dem Vorhandensein der Abrüstungskonvention ab. Es müsse deshalb eine Formel gefunden werden, um beide Abkommen zu verbinden, weshalb die deutsche Delegation den schwedischen Abänderungsantrag unterstütze. Nach Annahme dieser Entschließung ging der Abrüstungsausschuß zur Behandlung eines französischen Antrages über, durch den für Krisenzeiten die Luftverkehrswege des Völkerbunds dienste im voraus zwischen dem Völkerbundsekretariat und den einzelnen Regierungen vereinbart werden sollen.

**Zwei Todesurteile in Moskau.**

**Brillanten- und Devisenschieber.**

Moskau, 18. September. (Laf.) Das Gericht verurteilte die Teilnehmer einer illegalen lettischen Organisation, die sich seit dem Laufe mehrerer Jahre mit dem Kauf von Brillanten und Devisen in der Sowjetunion und ihrer illegalen Beförderung ins Ausland befaßte. Die Moskauer Schieber Samuel Tais und Abram Kleiner wurden zum Tode, die Angestellte der lettischen Gesandtschaft Berta Achmann zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Weitere zwanzig Angeklagte, meist Klienten der Organisation wurden zu Gefängnisstrafen in verschiedener Höhe, zu Zwangsarbeit, bezw. Geldstrafen verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Im Verlaufe der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß die Verbindung zwischen den Moskauer Schiebern und den Schmugglerorganisationen durch Beamte der lettischen Gesandtschaft, insbesondere durch den ins Ausland geschickten ehemaligen Handelsattachee Blumenthal, seinen Gehilfen Kanep und den Gesandtschaftssekretär Michailow aufrecht erhalten wurde. Zur Beförderung der Schmuggelware wurde die lettische diplomatische Post benutzt.

**Faschismus und Vatikan.**

Rom, 18. September. Die Zeitung „Popolo di Roma“, die gestern, wie andere Blätter, den Papst scharf angegriffen hatte, ist zwei Stunden nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt worden. Der „Osservatore Romano“ veröffentlichte gestern abends eine neue Papstrede, die wiederum an die Mitglieder des katholischen Jugendverbandes und außerdem an die geistlichen Leiter des Verbandes gerichtet war und daselbe Thema behandelte, wie die Sonntagrede des Papstes.

**Freispruch im Münchener Eisenbahnprojekt.**

München, 18. September. In dem Prozeß wegen des Eisenbahnunglücks im Juni v. J. zwischen Bader und Donnersberg, bei dem drei Reisende den Tod fanden und 41 zum Teil schwer verletzt wurden, wurde heute das Urteil gegen fünf beschuldigte Eisenbahnbedienstete gefällt. Obwohl der Staatsanwalt deren Bestrafung gefordert hatte, da die Angeklagten trotz der schweren Mängeln am Hauptbahnhof in München nicht alles getan hätten, was sie nach ihrer Erfahrung hätten tun können, fällt der Gerichtshof ein freisprechendes Urteil.

**Weil er die Redezeit überschritt!**

Gertrude am Harz, 18. September. In einer von den Nationalsozialisten veranstalteten Protestversammlung gegen den Youngplan kam es gestern abends zu Zusammenstößen zwischen den Nationalsozialisten und zehn zu der Versammlung erschienenen Sozialdemokraten. Der Konflikt wurde dadurch ausgelöst, daß ein sozialdemokratischer Diskussionsredner die ihm zugebilligte Redezeit von einer Viertelstunde erheblich überschritt. Es kam zu einer Schlägerei mit Bierflaschen, Gläsern und Kübeln, die erst ein Ende fand, als die Polizei mit blanker Waffe den Saal räumte.

**Der „notleidende Hausbesitz“.**

In der Septemberrummer der „Wohnungswirtschaft“ lesen wir einen Bericht über die kürzlich in München stattgefundene Tagung des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzer, in dem es unter anderem heißt:

„Wenn der Präsident Sumar am Schluß der Tagung den Feinden des Hausbesitzes zurief: „Wir sind zum Kampf bereit“, so nehmen auch die Mieter den Fehdehandschuh auf. Auch sie werden bei den Gemeindevahlen im November den Kampf mit Mut und Entschlossenheit führen.“ Selbstverständlich wurden auf der Tagung auch wieder die alten Klagen über die bejammerenswerten, trostlose finanzielle Lage der deutschen Hausbesitzer angestimmt. Nun hat der „Abend“ die Denkelei dieser Leute mit der Veröffentlichung eines Briefes einmal entlarvt. In der Nummer 388 veröffentlicht das Berliner sozialdemokratische Organ ein Schreiben, das die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ für ihre Inseratenwerbung an alle Sturbäder und Verlehrsämter sandte. Warum man gerade im Organ der Hausbesitzer inserieren mußte, begründet folgender Satz des Briefes:

„Eine solche Insertion kann schon deshalb kein Mißgriff sein, weil gerade die Hausbesitzer in der Lage sind, zu reisen, und sich bei ihrem Aufenthalt in fremden Städten einen größeren Luxus leisten können als andere Kreise. Sie bestreuen mit Inseraten in der „DZ“ den am meisten kapitalsträftigen Teil des Mittelstandes. Laden den zahlungsfähigen Hausbesitzer im ganzen Deutschen Reich zu einem Besuch ihrer Stadt ein.“

Also der deutsche Hausbesitz, der „am meisten kapitalsträftigen Teil des Mittelstandes“! An der Richtigkeit dieser Feststellung ist nicht zu zweifeln, die Hausbesitzerzeitung ist da zu gut unterrichtet. Allerdings sind auch wir überzeugt, daß der Akquisiteur der „DZ“ mit seiner Formulierung durchaus recht hat, was die Besucherstatistiken der Bäder beweisen dürften.

Ähnlich dürften die Verhältnisse auch in der Tschechoslowakei liegen und das ist sicher bei den Verhandlungen über die Wohnungsgesetze voller Berücksichtigung wert.

**Keine Verständigung über die Arbeitslosenversicherung.**

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Die Führer der Regierungsparteien hatten heute eine neuerliche Besprechung über die Arbeitslosenversicherung. Auch hierbei ist es noch nicht zu einer Verständigung gekommen. Morgen sollen die Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages weitergeführt werden, zunächst ohne Bindung der Parteien.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion nahm den Bericht über die Parteiführerbesprechung entgegen und beschloß, die gesamte Fraktion für Freitag nachmittags zwei Uhr telegraphisch nach Berlin einzuberufen.

**Von Budapest bis Korea. Das Ende eines kommunistischen Abenteurers.**

Vor einigen Jahren empfand man es in Moskau als eine schmerzliche Lücke, daß es in dem mächtigsten Industriestaat der Welt, in den Vereinigten Staaten von Amerika, keine kommunistische Bewegung gab. Um diesem Mißstande abzuhelfen, schickte man einen mit Geld, Vollmachten und den dazugehörigen Theorien ausgestatteten Sendboten nach Newyork, der die Aufgabe hatte, die säumige amerikanische Arbeiterschaft auf den richtigen Weg der Weltrevolution zu führen. Der kommunistische Diktator der Union hieß John Pepper, und es gelang ihm auch sehr bald, die an sich schon sehr schwache amerikanische Arbeiterbewegung zu spalten und vollkommen zu desorganisieren. Die amerikanischen Behörden legten seiner Arbeit keine Hindernisse in den Weg, sie ließen ihn gewähren: machte er doch oft die Arbeit der Binkertons und anderer Unternehmerragenten überflüssig und trug zur Ohnmacht der amerikanischen Arbeiterschaft auf seinem eigenen Wege bei.

Von Moskau bis Newyork aber zieht sich der Weg und die Entfernung begünstigt manche Anwendung zur Selbständigkeit in John Peppers kräftigen Selbstbewußtsein. Wenn ihm schon die Vereinigten Staaten von Amerika zur Eroberung zugewiesen wurden, wollte er dort kommunistische Politik auf eigene Faust machen, und so geriet er bald in einen Konflikt mit seinen Moskauer Auftraggebern. Als dann das große Aufräumen mit dem Trozkismus und den anderen rechten und linken Abweichungen kam, organisierte John Pepper mit dem amerikanischen Kommunisten Lovestone zusammen den Widerstand gegen den Kurs Stalins. Die Auflehnung brachte ihm aber die Absehung von dem einträglichen Posten ein: er bekam den Auftrag, zur Rechtfertigung nach Moskau zurückzukehren. Dieser Aufforderung kam er aber nicht nach, sondern verständigte die Moskauer Internationale, daß er durch wichtige Parteiengeschäfte in Mexiko und — in Korea zurückgehalten werde. Die Revolutionierung Mexikos und Koreas erreichte die Aufmerksamkeit Peppers, und damit niemand an der Wichtigkeit seiner Angaben zweifeln konnte, legte er auch die Kostenverrechnung für die Reise von Newyork nach Korea bei. Schließlich wurde aber seine Unbotmäßigkeit als unerträglich empfunden und die J. K. R. der E. A. J., das heißt die Internationale Kontrollkommission der Exekutive der kommunistischen Internationale hat nach einer hochnotpeinlichen Untersuchung John Pepper aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen. Unter den Gründen, die zum Ausschluß führten, wird unter anderem angegeben, daß John Pepper zwar Kostenverrechnungen über seine Reisen nach Mexiko und Korea einreichte, daß er aber diese Reisen in Wahrheit gar nicht gemacht hat, sondern sich in Newyork vergnügt, und daß er auch sonst sowohl die amerikanische kommunistische Partei als auch die kommunistische Internationale betrogen hat.

So endet vorläufig die Karriere des Eroberers von Amerika in Schmutz und Gestank, und da in den letzten Jahren die politisch und moralisch besten Elemente aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen werden, ist dieses Ende eigentlich eine unverdiente Ehreung des John Pepper, der weder John noch Pepper, sondern einer der berühmtesten Turkestaner ist, mit denen die Moskauer Herren die Arbeiterschaft der Welt heimgeführt haben. John Pepper ist nämlich eine der Kreaturen Bela Kuns; er war, als er noch Josef Bogdan hieß, Volkskommissar der ungarischen Räterepublik, und als er sich noch Josef Schwarz nannte, Redakteur einer ungarischen Regierungszeitung. Freilich, wie es nun nach dem Sturze des John Pepper mit dem armen forcanischen und amerikanischen Proletariat bestellt sein wird, ist eine andre Frage...

Zum Trost wird berichtet, daß Lovestone und Pepper ihren Kampf noch nicht aufgegeben haben; ihre Fraktion hat dem Newyorker Parteibüro, an dessen Spitze der von Stalin eingesetzte Foster steht, einen nächtlichen Besuch abgestattet und dabei das ganze Parteiarchiw, darunter die Geheimkorrespondenz mit Moskau, mitgehen heißen. Vorsichtigerweise hat aber die Parteileitung ihre Verluste bei der Polizei nicht angemeldet. Sie befürchtet vielmehr, wie aus gewissen Äußerungen hervorgeht, daß Lovestone und Pepper Teile des wichtigen Materials zur Kenntnis der amerikanischen Bourgeoisie und der Polizeibehörden bringen könnten.



### Konferenz der kommunistischen Partei.

Das langjährige Mitglied der kommunistischen Partei und Redaktionsmitglied der in Leipzig erscheinenden „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Hans Päß ist zur SPD übergetreten. In einem Schreiben an den Bezirksvorstand Leipzig mit Päß u. a. folgendes mit:

Die Fraktionskämpfe in der kommunistischen Partei haben die ehemalige starke kommunistische Partei bis auf einen einflusslosen Rest zerstört. Theoretische Unfruchtbarkeit, Korruption, Anechtlichkeit, Feigheit und Rückständigkeit sind besondere Merkmale, die den zur Führung Geeigneten in der Komintern kennzeichnen. Die deutsche Russlanddelegation, an deren Spitze Thalman von Moskau zurückkehrte, übermittelte dem deutschen Proletariat die neue These, daß Korruption kein Verbrechen sei. Auch die SPD-Opposition kann nach Lage der Dinge politisch nichts anderes sein, als ein nutzloses Brausefeld, auf dem wertvolle Kräfte vermodern. Die SPD ist die Partei der Millionen, ist die Partei, zu der die deutschen Arbeiter ihr Vertrauen in laienhaftiger Form manifestieren. In der SPD wird der Arbeiter zum willenlosen Stimmvieh, zum Sprungbrett für Karriereisten degradiert. Darum gehören alle Proletarier in Stadt und Land in die große, starke, mächtige Arbeiterpartei, in die Sozialdemokratische Partei.

### Die Postmeisterin und der Diktator.

Signorina Rosetta Ravarelli zählt zwanzig Jahre und war bis vor kurzem beim Hauptpostamt der „ewigen Stadt“ Rom als weibliche Hilfskraft angestellt. Eine fleißige, kleine Postmeisterin, die gewiß nicht im Traume daran dachte, daß eines Tages ihr Name seit gedruckt durch alle Zeitungen Italiens gehen und dazu beitragen würde, die Popularität Mussolinis — wenn auch indirekt — zu fördern.

Das brave Fräulein hatte eine einzige Untugend: Mussolini hatte es ihr angetan. Ihr Interesse für den Duce war geradezu krankhaft. Und da ihr nie die Freude vergönnt war, den „Helden ihrer Mädchenträume“ persönlich zu sehen — sah sie doch toten, tagaus hinter dem Schalter —, so wählte sie einen anderen Weg, um ihre krankhafte Neugierde wenigstens einigermaßen zu stillen: sie öffnete kurz entschlossen zwei Privatbriefe. Der eine war an den Ministerpräsidenten selbst, der andere an seine Gattin, Donna Rachele Mussolini, gerichtet.

Das war nun ein schlechter „Scherz“, juristisch sogar ein Doppelverbrechen: Verletzung des Briefgeheimnisses und gleichzeitig der Beamtenpflicht.

Natürlich kam die Sache bald heraus. Man hinterre zuerst eine sozialdemokratische Verschwörung, mobilisierte die Kriminalpolizei und die Fascistenbeschuldigungs- und -erriappte die gefährliche „Anentäterin“ kurz darauf beim Deffnen eines dritten Briefes. Große Aufregung, große Empörung. Dann: Schuchhaft, Verhöre und — Gelächter. Die kleine große Sündenrin gestand unter vielen Tränen die „Beweggründe“, vielmehr den einzigen Beweggrund: sie sei eben in Mussolini unsterblich verliebt. — Da das dumme Mädel durch die Deffnung der an sich belanglosen Privatbriefe keinerlei „Staatsgeheimnisse“ erfahren hat, kam es mit einer verhältnismäßig geringen Strafe davon: sechs Monate Zuchthaus! Das Urteil war rechtskräftig, und die Gemüter beruhigten sich — sowohl Frau Ruffina wie Herr Mussolini konnten nun ruhig schlafen.

Da kam die große, ganz große Ueberraschung: Mussolini „winkte“ und Rosetta wurde begnadigt. Begründung: der eigentliche Beweggrund der verbrecherischen Tat sei „verzeihliche menschliche Schwäche“ gewesen. Und Mussolini hat nun einmal ein Verständnis für „Schwächen“. Der Knalleffekt ist restlos gelungen: das göttliche Volk klatscht Beifall, und die Zeitungen brachen Leitartikel über das große Herz des großen Mannes. Mussolini Triumphtor siegte auch diesmal. Klein-Roschen wird wohl — zum Film gehen. Die kleine Postmeisterin ist ja über Nacht eine Persönlichkeit geworden...

## Eine interessante landwirtschaftliche Tagung.

Herrn Böhms Jammerruf: „Was nützt uns alles Regieren, wenn wir dabei zugrunde gehen“. — Der Sekretär des Kleinbauernverbandes für das Getreidemonopol. — Die agrarischen Führer für erhöhte Zölle.

Der Landeskulturrat hatte für Sonntag, den 15. September, alle landwirtschaftlichen Organisationen der Bezirke Teitschen, Leitmeritz, Aussig, Teplitz zu einer Tagung nach Leitmeritz eingeladen, wo über die Krise in der Landwirtschaft beraten werden sollte. Diese Veranstaltung nahm aber einen Verlauf, den die Einberufer wohl nicht geahnt, aber hinterher sehr verwünscht haben dürften. Unter den etwa hundert Teilnehmern waren auch Vertreter des Kleinbauernverbandes anwesend, darunter der 1. Obmannstellvertreter Josef Zenker (Zebus) und der Verbandssekretär Schmidt (Teplitz).

Die agrarischen Führer, in der Meinung, wie immer so auch diesmal unter sich zu sein, machten aus ihren Herzen keine Mordgrube. Sie plauderten da Dinge aus, die sie sonst immer leugneten. Zuerst der Vorsitzende Abgeordnete Windirsch: Er meinte in der Begrüßungsansprache, daß der Zweck der Tagung, nebst der Beratung über die Agrarkrise der sei, den Landeskulturrat populärer zu machen. Das ist ein schönes Wort, aber ein um so schlechteres Zeugnis für den Landeskulturrat, der nun schon länger als 30 Jahre als landwirtschaftliche Hauptkörperschaft besteht und noch immer unpopulär ist. Es wäre höchst interessant zu erfahren, wer an dieser Unpopularität die Schuld trägt. Oder soll diese Bemerkung etwa eine Spitze gegen frühere leitende Persönlichkeiten im Landeskulturrat sein? Man könnte es fast meinen, denn ein Herr Verwalter Stelzing, der nach Windirsch sprach, jagte, daß jetzt angeblich ein „anderer Zug“ im Landeskulturrate herrsche und die durch den Frost in ihrer Obstkultur geschädigten Landwirte eher auf finanzielle Unterstützung rechnen können. Dieser fromme Wunsch wurde leider durch eine Mitteilung des Sektionschefs Meißner zerstört, indem er nachwies, daß der Landeskulturrat über keine Mittel verfügt, um solche Unterstützungen geben zu können. Mit dem „anderen Zug“ scheint also nichts zu sein.

Dann kam der landbündlerische Abgeordnete Böhm zum Worte. Das war ein „Genuß“, diese politische Jeremiade anzuhören. Daß es so schlecht um die Landwirtschaft stehe, daran seien — hört ihr, Leute! — die tschechischen Agrarier schuld. (Sonst waren's immer die bösen Sozi. Die Wandlung ist interessant.) In der tschechischen Agrarpartei sähen Leute, die für die Landwirtschaft nichts übrig haben. Das haben wir schon lange gewußt, aber die blinden landbündlerischen Anbeter glaubten das Gegenteil.) Er (Böhm) habe verlangt, daß das Parlament nicht in Ferien gehe und Schutzmaßnahmen für die notleidende Landwirtschaft beschließen. Das sei abgelehnt worden. „Und so“ — klagt er weiter — „konnten wir für die Landwirtschaft nicht das geringste mit nach Hause bringen...“

Zum Schluß rief Böhm: „Was nützt uns alles Regieren, wenn wir dabei zugrunde gehen.“

Endlich ist's also heraus, endlich haben die Regierungstreuesten eingestehen müssen, daß ihre ganze Regiererei für die Not ist, daß sie von den tschechischen Agrariern übers Ohr gehauen werden und daß durch diese Regierungspolitik die Landwirtschaft geschädigt wird. Das haben wir schon immer behauptet, und man könnte jetzt die reinste Schadenfreude empfinden, wenn man nicht wüßte, wie tausende Menschen unter den Auswirkungen dieser Politik in Not und Elend geraten.

Zu der weiteren Aussprache nahm dann auch Genosse Schmidt, Teplitz, zu der Agrarkrise Stellung, wobei er nachwies, daß die Einführung der erhöhten Zölle auf Getreide zwar eine 20—25prozentige Erhöhung der Lebensmittelpreise durch die vorübergehende Getreidepreiserhöhung nach sich brachte, aber nun den großen Preissturz bei Getreide nicht aufhalten konnten, während die Lebensmittelpreise oben

geblieben sind. Ein Beweis, daß die Hochschuttpolitik verlagert und weder eine Preisstabilisierung der landwirtschaftlichen Produkte noch die Ausschaltung des Zwischenhandels gebracht habe. Die gleiche Erscheinung wie beim Getreide sei auch beim Vieh zu beobachten gewesen, nämlich Preissteigerung trotz Zollschutz. Daher müssen andere Wege zum Schutze der Landwirtschaft beschritten werden. In mehreren Ländern besaße man sich jetzt mit der Einführung des Getreidemonopols (Österreich, Deutschland), das in Norwegen schon lange besteht und in der Schweiz durch 14 Jahre der Landwirtschaft den besten Schutz bot, wie der Schweizer Bauernabgeordnete Minger in einer Rede festgesetzt hat. Ein Getreidemonopol schützt den Landwirt vor den Preischwankungen der Handelspekulationen und sichert ihm einen angemessenen Preis, ohne den Konsumenten zu belasten. Mit einer solchen Regelung könne auch die Arbeiterchaft und die übrigen Konsumenten zufrieden sein, da sie nicht auf ihre Kosten gehe und die sicherlich kein Interesse an einer Verelendung der Bauern haben, da hierdurch eine verstärkte Landflucht, größere Arbeitslosigkeit und als weitere Folge Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter zu erwarten sei.

Die Regierung müsse endlich auch durch Abschluß fester Handelsverträge und Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung der Landwirtschaft Hilfe bringen.

Genosse Schmidt verlangte dann die Einberufung einer Enquete durch den Landeskulturrat, die über die Möglichkeit eines Getreidemonopols beraten soll. Hierzu wären alle interessierten Körperschaften einzuladen.

Die Ausführungen wurden unter gespanntester Aufmerksamkeit und zum Schluß mit Zustimmung entgegengenommen.

Wenn eine Bombe explodiert wäre, sie hätte auf die Herren Windirsch, Böhm, Meißner usw. keine größere Wirkung ausüben können, als diese Rede. Es sprachen dann mehrere Teilnehmer, darunter Senator Ledebour, der das Beispiel der Schweiz für uns nicht gegeben erachtete. Landeskulturrat-Delegierter Auster (Teitschen) schloß sich der Forderung nach einer Enquete über das Getreidemonopol an. Große, Aussig, forderte ein Notprogramm und Beseitigung der hohen Militärlasten. Der Obmannstellvertreter des Kleinbauernverbandes, Genosse Zenker (Zebus), schilderte ausführlich die Not und das Elend, in das die Kleinbauern infolge des Preissturzes bei Hopfen geraten und unterstützt die Forderung des Genossen Schmidt, und weist die Angriffe des Herrn Pleischer gegen die Konsumvereine und den Abg. Leibl in klugen Worten zurück.

Zuma Schluß nahm der für die Zollpolitik unserer Agrarier verantwortliche Zolltheoretiker Sektionschef Andreas Meißner das Wort. Er stimmte vielen Ansichten des Genossen Schmidt zu, behauptete aber, daß niemand früher gesagt habe, der Zoll sei ein Mittel der Preisstabilisierung und könne den Zwischenhandel beseitigen. (Da möge er nur die Reden der führenden Parlamentarier vom Bund der Landwirte aus dem Jahre 1926 nachlesen. Dort findet er diese Behauptungen. Uebrigens mußte Abg. Böhm über Aufforderung des Genossen Schmidt zugeben, eine ähnliche Behauptung in einer Rede getan zu haben.) Wenn es also wahr ist, was Meißner behauptet, wozu ist dann der Zoll notwendig? Trotzdem aber Herr Meißner offen zugeben mußte, daß die Zölle der Landwirtschaft keinen dauernden Nutzen bringen und auch nach seiner Ansicht nur ein Provisorium sind, forderte er zum Schluß doch wieder erhöhte Zölle als einzige Rettung, da das Getreidemonopol angeblich zu spät käme, und erklärte sich bereit, in Kleinbauernversammlungen über die Notwendigkeit der Zölle zu sprechen. Dazu wird ihm vom Kleinbauernbund ebensowohl Gelegenheit gegeben werden, damit er nicht wie-



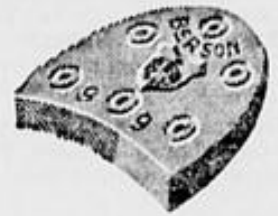
Du bist es, Du hast den Schlag!

Lassen Sie Ihren Kindern die Freude am Fangenspiel, Jugend will sich austoben. Stillsitzen schafft Grübler, macht blass und kränklich.

Nur sorgen Sie dafür daß die jungen Nerven durch die Stöße des harten Lederabsatzes auf dem Steinpflaster nicht gefährdet werden. Schuhe mit den elastischen, unverwüstlichen Berson-Gummiabsätzen sind die richtige Fußbekleidung für die Jugend. Zum Schutz der Gesundheit und nicht zuletzt im Interesse Ihres Haushaltkontos.

Grundsätzlich aber nur

**BERSON 750**



der grundlose Verdächtigungen gegen ihn vor Umcingeweihten vorbringen kann.)

Wer die Gedankengänge des Herrn Meißner und seines Anhangs überprüft, steht vor einem psychologischen Rätsel: Die Agrarier wissen es und geben es zu, daß Hochschuttpolitik nichts nützen und fordern sie doch unausgesetzt. Da hält man sich doch den Kopf und fragt sich, ob es denn wirklich möglich ist, daß eine alte verropfte Anschauung sich durch die Ueberlieferung so in die Gehirne dieser Sorte Agrarpolitiker verbohrt hat, daß sie selbst angesichts der Schädigung und der Not eines ganzen Berufsstandes nicht darauf verzichten können.

Diese lehrreiche Tagung ging zu Ende mit der Zusage des Landeskulturratspräsidenten Windirsch, über das Getreidemonopol eine Aussprache herbeizuführen, und mit der Ausnahme einer Entschlieung, die höhere Zölle forderte und sich gegen Steuermaßnahmen wendete. Beim Verlesen der Entschlieung konnte es Herr Böhm nicht unterlassen, die Steuerreform zu preisen, aber deren Durchführung als schlecht hinzustellen. Dafür erntete er nur ungläubige Gesichter, jedoch kein Wort der Zustimmung.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Vertreter des Kleinbauernverbandes dieser widersinnigen Resolution ihre Zustimmung verweigerten, was durch eine Erklärung des Genossen Schmidt begründet wurde.

Zur Hebung der Popularität des Landeskulturrates dürfte die Beweisführung der agrarischen Funktionäre in dieser Versammlung sicherlich nicht beigetragen haben.

Welche Furcht die Landbündler beherrscht, zeigt sich in ihrer verlogenen Berichterstattung. So bringt z. B. die „Deutsche Landpost“ in ihrem Bericht vom Dienstag, den 17. September nicht einmal die Namen der Kleinbauernvertreter, geschweige denn ein Wort dieser ganzen Auseinandersetzung. Das stellt den führenden Agrariern, die diese Berichterstattung anordneten, kein besonders ehrenbes Zeugnis aus. Die Teilnehmer der Leitmeritzer Tagung aber werden sich ihr Bild über diese Angsthaften schon zu machen wissen.

**Parteienoffin! — Parteienoffe!**  
ist Deine Tochter — Dein Sohn  
schon in den Reihen der  
**sozialistischen Arbeiterjugend,**  
ist sie (er) schon Mitglied des  
**„Sozialistischen Jugendverbandes?“**

### Herbstzeitlose.

Die Blütezeit der wildwachsenden Pflanzen ist nun so ziemlich vorüber. Wohl trifft man noch abkühnende Gewächse in großer Zahl, auch eiliche, die zum zweiten Male in diesem schönen Sommer ihre Blüten zeigen. Aber im großen und ganzen erstrecken nun viele Blüten nicht mehr, außer der Herbstzeitlose, die so ganz außer der Zeit regelrecht pünktlich mit dem September ihre zarten Blüten schenkt. Die Pflanze erinnert in Farbe und Gestalt an die erste Gartenblume des Frühjahres, den Krokus. Dabei trägt die Zeitlose auch den Namen Wiesenkraut. Auf den Gebirgswiesen blüht die schöne Zeitlose den ganzen September über, mitunter bis in den Oktober hinein. Bei so vorgerückter Jahreszeit kann es nicht wundernehmen, wenn der Rest der Vegetationsperiode nicht mehr reicht, um die Früchte reifen zu lassen. Sie entwickeln sich erst mit den Blättern, die im Frühjahr aus dem Boden streben. Inmitten des Blätterauslaufes sitzen dann die dreiflügeligen Früchte und reifen die zahlreichen kleinen braunen Samen. Alle Teile der Herbstzeitlose enthalten ein gefährliches Gift, das Kolchizin. Wie gefährlich es ist, mag man daraus erkennen, daß der Arzt davon nur zwei-tausendstel Gramm als Einzeldosis und nur fünf-

tausendstel Gramm als Tageshöchstdosis verschreiben darf. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte ein Offizier Kuffon ein Mittel gegen Gicht und Rheumatismus angepriesen. Es war nichts anderes als ein Auszug aus der Wurzel und dem Samen der Herbstzeitlose. Kurz zuvor hatte schon der Wiener Professor Storer die Zeitlose untersucht und ihr Gift gegen Gicht angewandt. Lange Zeit war dann auch die Anwendung von Kalksalzpräparaten sehr beliebt. Bei der Gefährlichkeit des Giftes stellten sich aber bald schwere Nebenwirkungen heraus. 1887 machten die Franzosen Mairet und Combenah Tierversuche mit dem Zeitlosengift. Ihre Ergebnisse sind aber durch die genaueren Versuche von Professor Schulz widerlegt worden. Heute weiß man, daß das Herbstzeitlosengift nur als symptomatisch wirkendes Mittel bei Gicht in Frage kommt.

Jedenfalls ist es Sache des Arztes, von Fall zu Fall das Rechte zu treffen. Für den Laien ist Kolchizin immer ein furchtbares Gift. Wer Herbstzeitlosen pflanzt — und wie viele unerfahrene Kinder tun es Jahr für Jahr — muß mit Hautausschlägen und brennendem Jucken der Haut rechnen. In den Mund genommen, sind innere Vergiftungen zu befürchten. Die Mundschleimhaut wird trocken und brennt, die Zunge schmerzt und wird schwer beweglich, das Zahnfleisch neigt zu Blutungen, auch in

den Zähnen treten Schmerzen auf, die das Kauen erschweren. An der Rachenschleimhaut kommt es zu Katarrh und gesteigerter Sekretion, wie sich auch der Speichelfluß vermehrt. Der Hals zieht sich zusammen, kratzt und brennt. Die Speiseröhre schmerzt, Magenschmerzen, Gasauftreibung steigern sich unter Umständen bis zum Magenkrampf und Schleimwürgen, bisweilen zum heftigen Erbrechen. Kolikanfälle im Darm sind nicht selten. Bald kommt es zu schwerem Durchfall, bald gallig gefärbt, bald mit Blut und Schleim, der recht schmerzhaft ist. Die Verdauungsfähigkeit wird beschleunigt, Hitze mit Durstgefühl, Frost, sauer riechender vermehrter Schweiß treten auf. Kolchizin ruft, in die Verdauungsorgane gelangt, schwere allgemeine Vergiftung hervor. Darverhaltung und Magenkrampf, Kopfschmerz, Schwäche, Betäubung, Schwindel sind ebenfalls Folgen von Kolchizinvergiftungen, die oft mit dem Tode enden.

So schön die Herbstzeitlose auch die herbliche Wiese schmückt, so ernsthaft sei also vor ihr gewarnt. Wenn sie der Wiesenselbiger abhakt und auszurotten versucht als lästiges Unkraut, so ist das seine Sache. Das Vieh meidet die Pflanze. Der Mensch aber, der sich der letzten Schönheiten in der Natur freuen will, lasse sie unberührt. So schützt er sich und die Natur am besten.

# Kleine Chronik.

## Die Sprengung des Wasserstoffatoms.

Die Zertrümmerung des Atoms ist schon seit Jahrzehnten das ersehnte Ziel der Chemiker. Zahlreiche Versuche und Anstrengungen sind von den Gelehrten aller Länder gemacht worden, um dieses Ziel zu erreichen. Rutherford war der erste, der die rätselhafte Erscheinung beim Radium als Atomzerfall erkannte und vor zehn Jahren den Versuch unternahm, diesen natürlichen Atomzerfall, wie beim Radium, auf künstliche Weise zu ermöglichen. Mit einem kunstvollen Apparat gelang es ihm, mit Hilfe von Alphastrahlen Wasserstoffatome aus anderen Elementen herauszuklopfen. Die Alphastrahlen, die aus den von der Natur zertrümmerten Radiumatomen herausragen, verfügen über Kräfte, wie sie bisher mit menschlichen Mitteln noch nicht hergestellt werden konnten. Die ganzen Versuche waren aber bisher nur von Teilerfolgen getrübt und die eigentliche Atomzertrümmerung noch nicht erreicht worden. Der Atomzerfall widerstand allen Sprengungsversuchen. Dieser ist außerordentlich klein und verhält sich zum Batterium ungefähr ebenso wie ein Stecknadelkopf zum Berliner Rathaus. Der Atomzerfall wird durch ungeborene Kräfte zusammengehalten, deren Freiwerden durch Zertrümmerung des Atoms der Menschheit ungeborene Energien billig liefern würde.

Jetzt scheint man diesem Ziel durch die Versuche eines deutschen Gelehrten endlich nahegekommen zu sein. Aus Amerika kommt von der Jahresversammlung der „American Chemical Society“ die Nachricht, daß der deutsche Chemiker Professor Dr. H. F. Borchers aus Berlin seine neue Hydrogenatombombe demonstrierte, derzufolge das Wasserstoffatom sprengbar ist. Die daraus resultierenden zwei Gase sollen voneinander ganz verschiedene chemische Eigenschaften haben. Die amerikanischen Zeitungen berichten ausführlich darüber und bemerken, daß es sich zwar zunächst nur um ein wissenschaftliches Problem handele, daß diese Theorie aber von großer praktischer Bedeutung für die Gewinnung von Gasolin und für die Petroleum-Industrie werden könne. Dr. Taylor, der Vorsitzende der „American Chemical Society“, nennt diese Arbeit Dr. Borchers die größte Erfindung von 1920.

Die Auswirkung dieser epochemachenden Entdeckung sind noch nicht zu übersehen. Erst die Zukunft wird die große Bedeutung dieser Arbeit lehren können.

**Ein internationaler Verband zur Verhütung der Blindheit** wurde gemäß den Beschlüssen des internationalen Kongresses in Scheveningen ins Leben gerufen. Der Verband wird besonders die Kurzsichtigkeit der Schulkinder und die Augenbindehautentzündung bekämpfen, an der, nach einer Mitteilung auf dem Kongress, in einzelnen Ländern 15 Prozent der Bevölkerung leiden.

**Eine wilde Affenjagd.** Bei der Entdeckung eines größeren Affentransportes in das berühmte Pasteur-Institut in Paris benutzten die beiden größten Affen eine günstige Gelegenheit zur Flucht. Ein ganzes Stadtviertel beteiligte sich an der Affenjagd, die anscheinend zunächst von den Tieren als Belustigung aufgefaßt wurde. Schließlich wurden, um der Ausbreitung wieder habhaft zu werden, 200 Affen in das Pasteur-Institut herbeigeholt. Beim Anblick dieser beiden Männer in ihren großen weißen Schürzen ergrieffen die Affen in wildem Schreien das Weite. Sie sind seitdem verschwunden.

# Sport \* Spiel \* Körperpflege

## Arbeiter-Schachinternationale gespalten!

### Die Russen wollen eine kommunistische Schachinternationale.

Die da noch immer glauben, daß es den Russen um eine wahre Einheitsfront in den Kultur- und Sportorganisationen zu tun sei, sind um eine Enttäuschung reicher. Am 27. und 28. August tagte in Leningrad die allrussische Schachkonferenz und beschloß, aus der Arbeiter-Schachinternationale auszutreten. Als Gründe werden die Wiener Beschlüsse der A.S.I. angegeben, die die Russen als „Provokation“ auffassen. Wenn es darum geht, sich unschuldig zu zeigen, sind die Russen im Gegensatz zu ihren sonstigen Gespinnstereien recht feinfühlig. Zum Beweis dafür veröffentlichten wir die fünf Punkte der einstimmig angenommenen Wiener Resolution. Es heißt in ihr:

Soll eine weitere Zusammenarbeit gewährleistet erscheinen, so muß gefordert werden:

1. daß die russische Sektion ihre Angriffe gegen einzelne Landesverbände und deren leitende Funktionäre restlos einstellt;
2. daß die durch Zellen- und Fraktionsbildung in Erscheinung getretene Wahl- und Spaltungsarbeit, wie sie in letzter Zeit sich besonders im Deutschen Arbeiter-Schachbund fühlbar gemacht hat, für alle Zukunft zu unterbleiben hat;
3. daß mit Rücksicht auf die tief bedauerlichen Erfahrungen des Jahres 1920 künftig ausreichende Garantie bei Veranstaltung von Wettkämpfen gegeben werden;
4. daß die russische Sektion, mit der ein schriftlicher Verkehr überhaupt unmöglich ist, wenigstens durch Teilnahme an den maßgebenden Sitzungen und Kongressen ihr Interesse an der Mitarbeit in der A.S.I. bekundet, statt sich wie bisher auf unsachliche Kritik zu beschränken und durch ihr Nichterscheinen ein erschütterndes und einvernehmliches Arbeiten zu boykottieren (auch in Wien war kein russischer Vertreter);
5. daß die Russen sowie alle übrigen Sektionen jeden schädlichen Verkehr mit bürgerlichen Verbänden und insbesondere auch die Mitarbeit an der bürgerlichen Schachpresse aufgeben, weil dies den Prinzipien der A.S.I. entschieden zuwiderläuft; hierbei wird verwiesen auf den Artikel des Leiters der russischen Schachbewegung, Artylenko, in der Zeitung „Schachmatny Listok“.

Aus diesen für das Bestehen einer proletari-

schen Massenorganisation selbstverständlichen Forderungen konstruieren die Russen eine „Provokation“. Die Russen müssen die westeuropäischen Arbeiter für grenzenlos dumm halten, daß sie ihnen zumuten, an eine „Provokation“ zu glauben und nicht zu sehen, wie genau sich der Austritt der Russen aus der A.S.I. auf der Linie der gegenwärtigen kommunistischen Politik bewegt, die in der Errichtung eigener Organisationen ihr Ziel sieht.

Die deutschen Kommunisten sind ganz zerknirscht, von den Russen so schmählich im Stich gelassen worden zu sein, und die kommunistische Oppositionszeitung von Sachsen, „Arbeiterpolitik“, schreibt:

„Für diesen Schritt gibt es keine Entschuldigung. Kein Arbeiter-Schachspieler wird und kann ihn verstehen und billigen. Die russischen Genossen sind jedoch nicht nur ausgetreten aus der A.S.I., sie haben nunmehr auch eine Neugründung einer Arbeiter-Schachinternationale „auf revolutionärer Grundlage mit dem Anschluß an die rote Sportinternationale“ vorgenommen. Damit ist der Anstoß gegeben, daß nunmehr in den einzelnen Ländern, wo Sektionen der A.S.I. bestehen, über den Anschluß an Moskau oder Chemnitz (Sitz der A.S.I.) diskutiert wird, und daß es eventuell zur Gründung „revolutionärer“ Schachorganisationen kommen wird.“

Was sich in den Gewerkschaften, Kulturorganisationen schon vollzogen hat, soll sich nun auch tatsächlich in den Sportorganisationen auswirken: Gründung von kommunistischen Sport- und Schachverbänden. Ist es auch Wahnsinn, so ist es doch Methode.“

Es kennzeichnet die internationale Politik der Russen und die Bereitwilligkeit der gegenwärtigen KP-Leitungen, sich für diese Politik mit allen Mitteln einzusetzen, dadurch, daß in Deutschland der kommunistische Pflaum (Leipzig), der Mitglied des Bureaus der Arbeiter-Schachinternationale ist, aus der A.S.I. ausgeschlossen wurde. Pflaum verwarf in Bureausitzungen, daß russische Schachführer in italienischen faschistischen Schachzeitschriften mitarbeiten. Das hat ihm den Zorn der russischen Schachgewaltigen und der sie stützenden Kommunisten eingetragen.

## Sachsens Vorherrschaft im Fußball gefährdet?

Diese Frage wurde in letzter Zeit unter den sächsischen Arbeiterfußballspielern eifrig besprochen. Gründe waren, daß nach mehrjähriger Inhaberschaft des Bundesmeistertitels durch sächsische Mannschaften (Leipzig-Stötteritz und Dresdener Sportverein) der Titel in den letzten zwei Jahren nicht mehr nach Sachsen fiel. Auch gewannen die sächsischen Spitzenmannschaften in letzter Zeit in Freundschaftsspielen mit führenden Mannschaften anderer Kreise nicht mehr in dem gewohnten überzeugenden Stil. Hinzu kamen die Beobachtungen, daß in anderen Kreisen technisch gute Fortschritte gemacht wurden. Besondere Vergleiche der Spielstärken wurden dem am 31. August und 1. September stattgefundenen Spielen der sächsischen und württembergischen Auswahlmannschaft beigegeben. Sachsen gewann in Dresden 5:2 und in Leipzig, trotz besseren Spiels der sächsischen Mannschaft als in Dresden, nur 2:1. In einer Nachbetrachtung zu den zwei letztgenannten Spielen hat einer der berühmtesten Köpfe der sächsischen Arbeiterfußballspieler, der Geschäfts-

führer Ott vom Leipziger Fußballbezirk, zur sächsischen und außer-sächsischen Spielstärke und Spielweise Stellung genommen und im „Sachsen-Fußball“ nachstehende, sehr beachtenswerte Ausführungen gemacht:

„Die Süddeutschen hatten genau so wie in Rünberg (beim Bundesfest. Die Red.) die typische süddeutsche Kampfesart. Sie verhindert sehr viel Erfolgsmöglichkeiten, hat aber bei einer aufmerksamen gegnerischen Verteidigung nicht viel Gelegenheit, Tore zu erzielen. Der Torwart steht bei dieser Spielweise an der Spitze, er legt wie ein Berserker im Strafraum herum und hat in Dresden, wie noch mehr in Leipzig, die unmöglichsten Sachen herausgeholt. Nun sei eine Frage erlaubt: Können unsere Techniker bei ihrer Lehrtätigkeit ein Teil der süddeutschen Spielweise mit an den Mann bringen? — Jawohl! — Eine Mannschaft in Sachsen sei herausgegriffen: DSB. 10. Sie hat die Technik und das flache Paktspiel der Sachsen und die robuste (bitte nicht mit roh zu vergleichen) Spielweise der Süddeutschen. Und dies war bei ihren Erfolgen ausschlaggebend. Also trotz aller Technik, trotz aller Fairness den

Körper, soweit wie es erlaubt ist, mit beim Spiel einsetzen, sonst — dürfte es bald um die Vorherrschaft Sachsens im Fußballspiel innerhalb des Bundes gefahren sein.“

Abgesehen von diesem Gedankengang haben beide Spiele bewiesen, daß die sächsischen Fußballer den sülgerederten und geschmackvolleren Fußball demonstrieren. Möge uns dies trotz allem Kampfs beim Fußballspiel erhalten bleiben. Dann dürften wir immer als Lehrmeister den anderen Bundesgenossen voranstehen.“

## Runkt und Wissen.

**Mascagni schreibt eine Tonfilm-Oper.** Pietro Mascagni, der Komponist der „Cavalleria Rusticana“, teilt mit: „Ich wurde in Amerika ersucht, meine Werke im Tonfilm reproduzieren zu lassen, habe mich jedoch nicht dazu entschlossen, da ich der Ansicht bin, daß es in jeder Hinsicht besser ist, für den Tonfilm etwas Neues zu schaffen. Sobald ich etwas weniger mit Arbeit überbürdet bin, beabsichtige ich, eine Oper zu komponieren, die nur für den Tonfilm bestimmt sein wird. Vielleicht werde ich bereits in diesem Herbst Zeit finden, mich dieser Arbeit zu widmen.“

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Donnerstag, 7 Uhr: „Friederike“. Freitag (24-2), 6 1/2 Uhr: „Lohengrin“. Samstag, Gastspiel Pepi Kramer-Glöckner, 7 1/2 Uhr: „Olympia“. Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Profit, Gips!“; 7 1/2 Uhr, Gastspiel Pepi Kramer-Glöckner: „Olympia“. Montag (24-1), 7 1/2 Uhr: „Die Kinofönigin“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Rugby“. Freitag, 7 1/2 Uhr: „Grandhotel“. Samstag, 7 1/2 Uhr: „Die Perle von Chicago“. Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Profit, Gips!“; Montag, Gastspiel Pepi Kramer-Glöckner, 7 1/2 Uhr: „Olympia“.

Verleger: Dr. Edwin Gsch. Chefredakteur: Wilhelm Riecher. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Prolog Deutscher: Rosa A.-G. für Zeitung- und Buchdruck. Prolog für den Druck verantwortlich: Otto D. o. k. Prolog Die Zeitungsmarktenkonferenz wurde von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit Erlaß Nr. 127 451/17127 am 14. 10. 1920 bewilligt.

## Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



**Nordböhmisches Druck- u. Verlags-Anstalt**  
**Gärtner & Co., Bodenbach a. E.**  
G. m. b. H.  
Großbuchdruckerel, Stereotypel, Buchbinderel, neueste Satz- und Glanzmaschinen mit einer Tagesleistung von 100.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkassa Nr. 127.663.

## Kleine Musikgeschichten aus alter Zeit.

Es ist ein gutes Vierteljahrtausend her, daß zum ersten Mal Konzerte gegen Entree stattfanden. Der erste Künstler, der Konzerte für ein Entgelt veranstaltete, war der Violinvirtuose Banister in London, und zwar im Jahre 1672. Dean Abel, der Caruso des 17. Jahrhunderts, als erster Tenorist weit und breit bekannt, trat um diese Zeit mit Banister öffentlich gegen Eintrittsgeld auf. Abel war „Sänger und Lautenschläger“ am Hofe Karls II.

Zu den ersten Buffosängern des vorigen Jahrhunderts gehörte der Italiener Ruggiero. Von seinem Konzert in Paris, bei dem noch Rubini und die Madame Grisi, beides Berühmtheiten ihres Hofes, mitwirkten, erzählte man sich folgende reizvolle Anekdote:

Ein gewinnreiches Konzert! Einige Minuten vor Beginn trat Rubini mit heiterer Miene in das Vorzimmer des Konzertsaales und erkundigte sich bei Ruggiero über den Zuspruch des Publikums. „Das Konzert wird schlecht besucht“, erwiderte dieser, indem er die Saaltür zur Hälfte öffnete und dem Künstler die vielen leeren Stühle zeigte. „Wohlan“, rief Rubini, „was übrig ist, nehme ich!“ schrieb dann auf eine Menge Zettel das Wort „loué“ (gemietet), die der Billetverkäufer auf die übrigen Plätze besternte.

Demofille Grisi hatte eben ihre große Arie unter dem großen Applaus der Anwesenden beendet, als zwei erst aussehende Engländer, jeder mit einem Doppelpespektiv bewaffnet, eintraten und sich vergeblich nach einem Sitz umsahen, denn auf allen Plätzen stand das „loué“-Zeichen. Als Ruggiero in diesem Augenblicke durch den Saal ging, wurde er von einem der Engländer um zwei Sitze angesprochen. „Ich will Sie zu dem reichen

Herrn führen“, sagte Ruggiero, „der Sie alle bestiehl hat“, und brachte die Fremden zu Rubini ins Foyer.

„Meine Herrin“, sprach Rubini zu den Engländern, „ich habe für tausend Francs Sitze gekauft, um den Benefizianten einen Freundesdienst zu erweisen. Beliebt es Ihnen, zwei Plätze für diese Summe zu nehmen, so stehen sie zu Ihren Diensten.“

Der Ton verwunderte die ehrgeizigen Briten. Der eine stellte gefassen einen Scherz über diesen Betrag aus, und nachdem er ihn dem Künstler übergeben hatte, nahm er mit seinem Begleiter die beiden Plätze ein. Beide kannten Rubini nicht. Als er aber darauf erschien, und alle zur Begeisterung hinriß, stimmten auch die beiden Engländer in den Applaus ein und erklärten, daß sie das Vergnügen, Rubini gesprochen und singen gehört zu haben, keinesfalls zu teuer erkaufte hätten. . . .

Karl IV., König von Spanien, war ein leidenschaftlicher Violinist. Wenn bei Hofe Kammermusik aufgeführt wurde, nahm der König die Stelle an dem Pulse seines ersten Violinisten Bocherini ein, der ein wahrer Künstler und Komponist war, dann aber die zweite Violine übernehmen mußte. Durch diesen Stellenwechsel litt zwar die Eigenliebe Bocherinis ein wenig, noch mehr aber sein Ohr. Denn der König spielte auf eine entsetzliche Weise falsch und so sehr gegen den Takt, daß keiner der anderen Musiker ihm zu folgen vermochte. Dadurch entstand zwischen ein fürchterliches Durcheinander, das den König in Aufregung versetzte, weil er die Schuld selbstverständlich nicht sich, sondern den anderen zuschob.

Freilich: noch größer als des Königs Wut, war die Verzweiflung des Komponisten, der seine Werke auf eine unglaubliche Weise verunstalt sah. Um sich dieser Marter zu entziehen, verließ er daher eines Tages auf folgende Ausflucht: er schrieb ein Quartett, in dem die führende Stimme der zweiten Violine zufiel, während die erste ein gleichmäßiges

Thema durchzuführen hatte, das das Gemurmel des Baches vorstellte.

Der König spielte das erste Mal ruhig ab. Als sich auf dem zweiten das gleiche Thema wiederholte, warf er Bocherini einen zornigen Seitenblick zu, da ihm ein Licht aufging. Als er aber das dritte Mal umgeschlagen hatte, war ihm das Ganze plötzlich klar, und voller Zorn warf er sein Instrument fort, sprang auf Bocherini zu, faßte ihn beim Kragen und befahl ihm, den Palast augenblicklich zu verlassen, binnen wenigen Tagen aus Spanien zu verschwinden und nie daher zurückzukehren.

Bocherini fand hierauf eine Ausstellung am Hofe des deutschen Kaisers, der ebenfalls Ansprüche darauf machte, ein vorzüglicher Violinist zu sein. Eines Tages fragte er ihn: „Welchen Unterschied finden Sie zwischen dem Talente meines Vaters Karl und dem meinigen?“ — „Zire“, erwiderte der Komponist als Höflich, „Karl spielt wie ein König, und Eure Majestät spielt wie ein Kaiser!“ . . .

Landgraf Ludwig IX. von Hessen, der 1768 zur Regierung kam, hatte eine ganz eigene Musikliebhaberei, er bevorzugte „Hautboisten“, das Trompeter- und Pauker-Corps, Pfeifer und Tambours.

Der „Hautboisten“-Chor, der aus acht Oboenbläsern, vier Trompetern und vier Fagottisten bestand, sowie die Trompeter, Pauker, Pfeifer und Tambours machten alle Musik aus. Die Oboen und Fagotts wurden mit messingenen Beckern und Stäben versehen, damit sie recht grell und schreiend klangen. Alles, was nicht diese Eigenschaft besaß, wurde verbannt. Es war eine wahrhafte Ehrenmarter, die Musik zu hören, bei der die Trompeter immer die Melodie, und zwar auf eine F-Trompete mitschlagen mußten.

Schredlich aber waren die 40 bis 50 Pfeifer und Tambours. Von den Trommlern erntete derjenige das größte Lob, der die meisten Telle zererschlug, weil das dem Landgrafen den Beweis gab, daß er recht herauschlug.

Zeitens-Instrumente waren ganz verbannt, da sie sich nach dem Urteil des Landgrafen nur für Kirchenspieler schickten.

Der Landgraf komponierte die Märsche, die sehr melodienreich waren, für die Oboisten, Pfeifer und Tambours selbst, und zwar am Klavier. Die Kapellmeister Brunner, Schüller und Wegner mußten sie dann schnell aufschreiben und in Stimmen setzen. Auf diese Art soll er die unglaubliche Zahl von mehr als 10.000 Märschen komponiert haben. Ja, man spricht sogar von 100.000, wenigstens finden sich in dem Archiv Märsche vor, deren Nummern bis in die 90.000 laufen. Wenn man bedenkt, daß der Landgraf stets einen Kapellmeister neben sich hatte, wenn er am Klavier komponierte, der die Melodien aufschreiben und nachher in Partitur setzen mußte, was die meiste Zeit in Anspruch nahm, und daß ferner die Märsche nur zwei Teile ohne Trio, und jeder Teil nur zwölf Takte hatte, so läßt sich ebenfalls die Möglichkeit denken, daß der Landgraf bei seiner Vorliebe für Märsche so viel komponiert haben kann. Außerdem waren die Märsche recht melodienreich und in einem recht langsamen Tempo gehalten.

Im Bauen und Trommelschlagen konnte selten den Landgrafen jemand übertreffen. Er ließ es sich oft viel kosten, einen neuen Marsch zu bekommen. So besaß er einen Marsch für Pfeifer und Tambours, der allgemein der 6000 Gulden-Marsch genannt wurde. Man erzählt sich hiebon folgendes:

Als sich der Landgraf auf einer Reise in Kachen befand, hörte er dort von den Pfeifern und Tambours einen Marsch, der ihm so gefiel, daß er ihn zu besitzen wünschte, doch wollte er ihn nicht fordern. Er blieb daher solange in Kachen, bis er die Melodie pfeifen und die Trommelschläge schlagen konnte. Nun erst wollte er abreisen und erhielt von dem Wirt eine Rechnung, die 6000 Gulden betrug. Der Marsch bekam daher den Namen „Der 6000 Gulden-Marsch“ . . .